

Nachrichten für Naunhof

Amtlicher Anzeiger



Sächs. Landeszeitung

3. Aufl. Sonntagsbeilage

Fernsprecher Nr. 1

für die Gemeinden Albrechtshain, Althen, Ammelshain, Belgershain, Beucha, Borsdorf, Cicha, Engelsdorf, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Seifertshain, Sommerfeld, Staubnitz, Threna zc.

Erzpreis: wöchentlich dreimal: Die 1. und 2. Ausgabe, Donnerstag und Sonnabend, abends 6 Uhr Bezugspreis vierteljährlich 2 Mk. 10 Pfg., monatlich 70 Pfg., durch die Post bezogen inkl. der Postgebühren 2 Mk. 20 Pfg. Anzeigenpreis: die sechsgepalte Petizelle 20 Pfg., auswärts 25 Pfg. Amtlicher Teil 40 Pfg. Reklamezeile 50 Pfg. Beilagegebühr pro Tausend 10 Mk. Annahme der Anzeigen bis 10 Uhr vorm. Im Falle späterer Gewalt, Krieg, Streik, Auslieferung, Verfallung, Betriebsstilllegung im Betrieb der Druckerei oder anderer Ursachen bei der Bezugsnehmer kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Nr. 11.

Freitag, den 24. Januar 1919.

30. Jahrgang.

Amtliches.

Haferzulage für Holzabfuhrpferde.

Der Bezirksverband ist von der Reichsforstverwaltung ermächtigt worden, den Pferden, die aus den Wäldern Holz abfahren, das als Bau- und Nutzholz jeder Art, als Grubenholz, für die Papierfabrikation, für Eisenbahnschwellen und Eisenbahnwaggons, Ästen, Hölzer, Holzbohlen und Holzbohlen bestimmt ist, Haferzulagen zu gewähren. Diese Zulagen werden auf Antrag bewährt. Zulagen sind Bescheinigungen von den Verwaltungen der Forstreviere, Gemeinden oder Gutsbezirke, aus denen hervorgeht, daß die Zahl der beschäftigten Pferde, die Anzahl der Bespannung und weiter, von wo, wohin und für welche Zwecke das Holz abgefahren wird. Die Anträge auf Haferzulagen sind spätestens zum 31. Januar 1919 beim Bezirksverband zu stellen. Später eingehende Anträge können nicht berücksichtigt werden.

Grimma, den 16. Januar 1919. Getr. 190.

Der Westsächsische Kommunalverband für den Bezirksverband Grimma.

Der Arbeiter- und Soldatenrat.

W. Müller. Thiemann.

Sitzungsbericht.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates, der Beigeordneten und der Beauftragten des Arbeiterrates ist folgendes beraten und beschlossen worden.

1. Die Baugesuche der Herren Privatmann Robert Kollau Anbau eines Stallraumes an das Wirtschaftshaus in seinem Grundstück Großsteinberger Straße 30 — Fabrikant Adolf Arnold — Anbau eines Lagerkappens im Fabrikgrundstück Berggasse 6 — Heilmagister Josef Höcker — Vergrößerung des Treppenhauses an seinem Wohnhaus Klingauer Straße 11 — wurden bedingungsweise befürwortet.

Das Baugesuch des Herrn Rechtsanwalt Dr. Werthauer in Berlin — Anbau eines Landhauses an der verlängerten Melanchthonstraße, vermochte man zurzeit nicht zu befürworten. Es soll erst ein Bebauungsplan und die Straßenherstellung vom Geschäftler gefordert werden.

2. Als Stellvertretende Leichenfrau wurde Frau Minna vhl. Gröbe hier angenommen.

3. Von dem Urteil der Kreisbauernschaft als Verwaltungsgericht Leipzig, nach dem die Klage wegen Gehaltsnachforderungen des Hilfsarbeiters Rehm abgewiesen worden ist, nahm man Kenntnis.

4. Zu dem Gesuch des Herrn Schwilke um Schonungsgenehmigung für die Gashilfskraft „Gute Quelle“ wurde das Bedürfnis zum Fortbestehen der Gashilfskraft einstimmig anerkannt.

5. Es wurde von den Bemühungen zur Erlangung von Brille Kenntnis genommen. Nunmehr soll versucht werden, Brille zu bekommen.

6. Man nahm davon Kenntnis, daß die Butter jetzt bei Herrn Bauling unter Inzahlung des Schuhmanns Daniel verteilt wird. Die Vergütung für die 3 Butterhändlerinnen wurde von 5 Mark auf 8 Mark je Zentner Butter erhöht. Die Zahlung des von der Firma C. A. Koll in Grimma geforderten Wehrbeitrags von 648 Mark für geliefertes Rotkraut lehnte man ab.

7. Der von Herrn Ingenieur Schorler angefertigte Plan über die Hoflandsbauten an der Leipziger Straße (2. Teil) wurde im allgemeinen gutgeheißen. Der Plan soll aber einer Umarbeitung unterzogen werden, da verschiedene Abänderungen erwünscht sind.

8. Für die Stadt Naunhof soll bei der Stadtgemeinde Falkenstein ein Darlehen mit 4% Verzinsung und 1% Tilgung aufgenommen werden. Die Sparkasse Naunhof gewährt dagegen der Stadt Falkenstein ein gleichhohes Darlehen unter denselben Bedingungen.

9. Die Gehaltsliste für den Arbeiterrat werden in der geforderten Höhe bewilligt, unter der Voraussetzung, daß sie beim Staate zur Erstattung angemeldet werden.

10. Die Höhe der Erwerbslosenunterstützung wurden in der von den Erwerbslosen geforderten Höhe bewilligt. Der erforderliche Nachtrag zum Ortsgesetz ist dementsprechend zu ergänzen und wurde genehmigt.

Naunhof, am 23. Januar 1919.

Der Bürgermeister.

Der Arbeiterrat.

W. Müller.

Thiemann.

Wöhren.

Freitag, den 24. ds. M. werden vormittags 9 bis 12 im Grundstück Wurzener Straße 27 zentnerweise Wöhren, der Zentner für 11 Mk. verkauft.

Naunhof, am 23. Januar 1919.

Der Bürgermeister.

Der Arbeiterrat.

W. Müller.

Thiemann.

Die Wahlen zur sächsischen Volkshammer sind auf den 2. Februar 1919 anberaumt worden. Die Stadt Naunhof bildet einschließlich des selbständigen Gutsbezirks Staatsforstrevier Naunhof 1 Stimmbezirk.

Die Wählerliste ist getrennt worden und zwar:

1. nach den Stimmberechtigten, deren Familiennamen mit den Buchstaben A bis L und
2. nach den Stimmberechtigten, deren Familiennamen mit den Buchstaben M bis Z

beginnen.

Für die Stimmberechtigten des hiesigen Stimmbezirks findet die Wahl von vormittags 9 bis nachmittags 8 Uhr im Erdgeschoss der neuen Schule, Schulstraße 6 statt und zwar für die Wahlberechtigten unter 1 (A bis L) in Zimmer 5, Offizelle und für die Wahlberechtigten unter 2 (M bis Z) in Zimmer 4, Westseite.

Wahlvorsteher ist der unterzeichnete Bürgermeister, Stellvertreter Herr Tischler Gustav Thiemann hier.

Naunhof, am 22. Januar 1919.

W. Müller, Bürgermeister und Wahlvorsteher.

Weimar.

Das arme Berlin, annoch die sogenannte Hauptstadt des einstigen Deutschen Reiches! Es geht abwärts mit ihr, unaufhaltsam abwärts. Reichsstadt kann sie sich nicht mehr nennen, seitdem wir uns ohne Reichsoberhaupt behelfen, und von Breslau wie von München, von Köln wie von Bremen und Braunschweig ist ihr die Gefolgschaft schon ganz offen gefündigt worden. Vollends seit den Tagen der Spartakusherrschaft traut ihr niemand im Reich mehr recht über den Weg. Dauchte doch damals die Regierung einen Augenblick daran, ihren Amtssitz von der Spree fortzuverlegen, da sie in der Wilhelmstraße förmlich belagert und nicht einmal ihrer eigenen Haus- und Schwärme sicher war. Sie hat sich schließlich noch ohne diese Flucht aus Berlin zu halten vermocht — jetzt aber hat sie beschlossen, die am Sonntag gewählte Nationalversammlung in Weimar zusammenzutreten zu lassen und nicht in Berlin. Das ist mehr als eine bloße Außerlichkeit, das ist ein Zeichen der Zeit. Eine ernste Warnung, die vielleicht — ungewollt von der Regierung — manchem die Augen öffnen wird, der noch immer nicht begriffen hat, wohin die Reise gehen soll.

Das durch den Beschluß der Regierung der Stolz jedes Berliners auf das tiefste getroffen wird, ist selbstverständlich, kann aber entschieden nicht in Betracht kommen. Der Berliner Oberbürgermeister Wermuth, der noch in letzter Stunde dieses Unheil von seiner geliebten Reichshauptstadt abzuwenden suchte, sprach in seiner Protestkundgebung von einer niederschmetternden Demütigung Berlins. Sie ist ihm nicht erspart geblieben, und mühte, so bitter es auch schmecken mag, von den Berlinern ertragen werden, wenn ihre unbedingte Notwendigkeit mit zwingenden Gründen nachgewiesen werden könnte. Aber damit dürfte es doch einigermaßen hapern. Eben erst sind die Wahlen in musterhafter Ordnung vollzogen worden, und der Oberbefehlshaber Roske schickte sich bereits an, die zur Säuberung der Stadt zusammengeführten Truppen wieder für andere Aufgaben freizugeben. Tatsache ist ferner, daß der Beschluß zugunsten von Weimar nur gegen starken Widerspruch der preussischen Rätefraktion gefaßt worden ist. Er wird also auf Grund beruhen, die nicht für jedermann überzeugend sein dürften. Man hat ja auch bereits gehört, daß gewissen Stimmungen in Süddeutschland damit Rechnung getragen werden soll, die von Berlin nicht mehr recht etwas wissen wollen, und das, was sie im Grunde dabei bewegt, durch den Hinweis zu verdeutlichen, daß ja auch im Jahre 1848 die deutsche Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche und nicht in Berlin zusammengetreten sei. Damals war aber Berlin nur die Hauptstadt Preußens, während es doch seither immerhin fast ein halbes Jahrhundert hindurch die Seele des deutschen Reiches gewesen ist und dieses immerhin ganz unabhängig repräsentiert hat. Deshalb läßt sich die Auffassung nicht abweisen, daß das Abziehen von Berlin auch eine Demonstration gegen das Reich in seiner bisherigen Gestalt bedeuten soll. In seiner bisherigen Gestalt: das will sagen, in der Art, wie es durch den größten Bundesstaat, durch Preußen, gebildet und vertreten war. Das Schwergewicht des neuen Reiches soll von Preußen und damit auch von Berlin mehr nach dem Westen oder Südwesten verlegt werden, um den anderen Bundesstaaten, die man bisher die mittleren und kleineren nannte, das Verbleiben im Reichsverband zu erleichtern. Diese Tendenz findet sich ja auch in dem soeben veröffentlichten Verfassungsentwurf der neuen Regierung mit dürren Worten ausgesprochen, und ihr soll auch die Verschlagung Preußens in sechs bis acht sogenannte freie Republiken dienen. Wenn Preußen nicht größer sein darf als etwa Thüringen oder Braunschweig, dann braucht man kein Übergewicht in der Gemeinschaft der deutschen Volksstaaten allerdings nicht mehr zu fürchten. Dann aber muß auch Berlin von seiner einstigen trübreichen Höhe

heruntersteigen — und der Anfang dazu soll eben jetzt gemacht werden.

Diese Reise wird indessen auch vielen Nicht-Berlinern nicht gefallen. Die Regierung meint es in ihrer Weise sicherlich ganz gut und ehrlich mit der Zukunft des Reiches. So wie sie es aber anstellt, sollen wir uns künstlich noch mehr schwächen, als wir durch den unglücklichen Kriegsausgang ohnedies jetzt dastehen werden, sollen wir in den Zustand ohnmächtiger Kleinmächte wieder zurückfallen, aus dem unsere Väter sich mit dem Gut und Blut vieler Geschlechter mühsam genug herausgearbeitet haben. Das kann ernstlich auch nicht das Ideal der führenden Männer außerhalb der Reichshauptstadt sein, denn nicht nur Berlin und Preußen würden dadurch zu einem bloßen Schatten-dasein verurteilt, auch das deutsche Volk in seiner Gesamtheit würde die Kosten dieser Rückbildung zu bezahlen haben. Unsere Feinde waren es, die uns die Abkehr von Potsdam predigten und Weimar als die eigentliche Heimat unserer Nation immer wieder in empfehlende Erinnerung brachten. Jetzt wollen wir ihnen auch den Wegfall nach tun. Soll für sie wirklich gar nichts mehr zu wünschen übrig bleiben? Dr. Sy.

Die Reichsregierung bleibt in Berlin.

Die Regierung läßt zu dem Beschluß, die Nationalversammlung nach Weimar einzuberufen, betonen, daß der Sitz der deutschen Zentralregierung Berlin ist und für alle Zeiten bleiben soll. Die Hauptarbeiten der Nationalversammlung werden sich in Kommissionen abspielen, denen meistens wohl nur immer ein Regierungsmitglied beizumischen werde. So werde es zu einer dauernden Abwesenheit der Mehrzahl der Regierungsmitglieder von Berlin überhaupt nicht kommen, und der ununterbrochene Fluß der Berliner Geschäftsführung sei völlig gesichert.

Die Sitzungen sollen im Weimarer Hoftheater stattfinden und schon jetzt werden für genügende Verbindung Berlin-Weimar durch Telegraph, Fernsprecher, Eisenbahn usw. Vorkehrungen getroffen. Auch für die Unterbringung der etwa 3000 Personen, welche die Nationalversammlung nach Weimar führen wird, soll ausreichend gesorgt werden. Mit den Vertretern der Presse wird in dieser Richtung gegenwärtig bereits verhandelt.

In sachkundigen Kreisen wird allerdings vielfach bezweifelt, ob es bis zum 6. Februar möglich werden wird, in Weimar allen Anforderungen Genüge zu leisten. Neben den 433 Abgeordneten ist für die Nationalversammlung ein harter Apparat notwendig, Bureau, Stenographen, Verwaltungskörper usw., ferner wird die in- und ausländische Presse ein kleines Heer stellen, so daß die obengenannte Zahl von 3000 Menschen nicht zu hoch scheint. Werden alle die Arbeitsräume für Kommissionen, Fraktionen, einzelne Abgeordnete, Bureau, Archiv, Bibliothek, Presse, Post, Fernsprecher und Telegraph, werden Wohnräume für alle Beteiligten und mit welchem Kostenaufwand gefunden werden? Das sind die Fragen, die alsbald zu bearbeiten sind und deren Nichtlösung in kurzer Zeit verhängnisvoll für die verfassunggebende Versammlung der deutschen Republik werden könnten.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

* Sicherstellung der Beamten. Durch die Presse ging kürzlich ein Gerücht, wonach der frühere Minister Strödel in Anwesenheit des Ministers Bischoff einer Beamtendeputation gefaßt habe, lebenslängliche Anstellung und Pensionsansprüche der Beamten würden bald der Vergangenheit angehören. Amlich wird dazu erklärt, daß hieran kein wahres Wort ist.

* Neuorganisation der Kommandogewalt. Ein Erlass der Reichsregierung, der demnach veröffentlicht werden soll, wird die vorläufige Kommandogewalt im Friedensheer, die Bestimmungen über die Anzüge und Rangabzeichen der Vorgesetzten, die Regelung des Grades in der Armee und die Wahl von Mannschaften in Offiziersstellen ordnen.

* Parteitag der Unabhängigen. Die Tagung der Unabhängigen beginnt am 2. Februar in Berlin. Auf der Tagesordnung steht u. a. der Bericht der Zentralleitung, den Louis Ziegler erstatten wird, ein Bericht Haases über die Aufgaben der Partei und ein Bericht Dittmanns über die Organisation der Partei. Endlich sollen die zentralen Parteifinanzien neu gewählt werden.

Frankreich.

* Die Verantwortung Wilhelms II. Eine amtliche französische Veröffentlichung enthält Schlussfolgerungen, zu denen Carnaudes und Caprabelle, zwei Juristen in dieser Beziehung gekommen sind, nämlich, daß der Kaiser sowohl straf- wie zivilrechtlich für den Krieg verantwortlich zu machen sei, und zwar ebenso für die angeblichen Verbrechen, die die unter seinem Befehl stehenden Truppen begangen hätten. Es heißt noch einer Auslassung darüber, daß man dem Kaiser nicht zudulden könne, daß er sich der Verantwortlichkeit für seine Taten entziele, weiter: Was des Kaisers Verantwortung für die Taten der deutschen Armee und Flotte betrifft, so weisen die Juristen darauf hin, daß der Kaiser als Oberster Kriegsherr unbeschränkte Gewalt über Meer und Flotte hatte. Die Wälder zitterten einen Brief Kaiser Wilhelms, den er zu Beginn des Krieges an Kaiser Franz Joseph geschrieben hat und worin er u. a. sagt: Meine Seele ist zerissen, aber alles muß durch Feuer und Schwert vernichtet werden. Männer und Frauen umgebracht und kein Haus und Baum darf stehen bleiben. Auf diese schreckliche Weise wird der Krieg in zwei Monaten vorüber sein, während er, wenn ich menschliche Erwägungen gelten lasse, jahrelang dauern würde.

en vorunglückl.
zur Arbeit ge-
einem schweren
n stieß bei Feld-
ranate, worauf
en dadurch ge-

Aus Budapest
und Bruck nach
der Nähe von
hande von etwa
ten und voll-

Theater.

Uhr: „Das Glück

ur: „Wienbrödel.“

ag 6/7, Uhr: „Der

ute in Naunhof

lung

schafft.

chuf.

gen Ablieferung
gang gestallt!

ten-
ung

frauen

4 Uhr

erge
of betr.

beruher.

f u. Umg.

27. Jan.

ammlung
gel“.

zinen erwünscht.
rstand.
r, Vorführer.

lassen,
den geehrten
als

No. 1.

dstückver-
t. D. O.